



Kuratoriumsmitglieder:

B. Böhlen MdL, D. Caspary MdEP, A. Fischer MdB, A. Geiger, Prof. A. Göhringer, Reg.-Präs. a.D. Gerlinde Hämmerle (Vors.), OB W. Heiler MdL a.D., Prof. G. Kaufmann, J. Kößler MdL, E. Kopp, H. Leverkus, BM B. Lisbach, B. Meier-Augenstein, OB a.D. J. Offele (Vors.), OB C. Petzold-Schick, A. Salomon MdL, U. Schäfer, Min. a.D., B. Schäfer-Wiegand, C. Schmiedel, MdL a.D. R. Schmitt-Ilert, A. Schoch MdL, OB a.D. Prof. Dr. G. Seiler, J. Stober MdLa.D., T. Wald MdL, Dr. P. Weber, Prof. Dr. P.-L. Weinacht, I. Wellenreuther MdB, Prof. Dr.-Ing. R. Werner

Landesvereinigung Baden in Europa e. V. - Andersenstraße 7 - 76199 Karlsruhe www.lv-baden.de

Informationen für die Medien

50 Jahre nach zweiter Badenabstimmung

Landesvereinigung Baden in Europa sieht Licht und Schatten / Vieles liegt noch im Argen

Das Land Baden-Württemberg nimmt für sich in Anspruch, seit 1952 zu bestehen. Das sieht die Landesvereinigung Baden in Europa allerdings anders. Nach Auffassung der Landesvereinigung ist der Südweststaat erst mit der zweiten Baden-Abstimmung 1970 entstanden. Denn die erste Abstimmung hatte das Bundesverfassungsgericht mit der Begründung kassiert, der Wille der Badischen Bevölkerung sei „überspielt“ worden. Das höchste Deutsche Gericht hatte mit Urteil aus dem Jahr 1956 eine erneute Abstimmung angeordnet, diese wurde jedoch bis 1970 verschleppt. Als sie schließlich stattfand, stimmte dann eine Mehrheit der Badener für den Südweststaat. Damit, so der Landesvereinigungsvorsitzende Robert Mürb, sei das Land Baden-Württemberg erst rechtmäßig entstanden, allerdings mit einem Gschmäcke. Die Landesvereinigung zieht nun eine Bilanz der zurückliegenden 50 Jahre nach der zweiten Abstimmung und erkennt im Verhältnis zwischen Badenern und Württembergern nach wie vor Licht und Schatten.

Denn, so sehen es die Mitglieder der Landesvereinigung, bis zu dieser Abstimmung hätten sich die Regierungen in Stuttgart und der Landtag stets darum bemüht, Gerechtigkeit zwischen allen Landesteilen walten zu lassen. Nach dieser Abstimmung, so Mürb, habe sich das geändert. Die Landesvereinigung möchte auch den jungen Leuten in Erinnerung rufen, dass die Länder Baden und Württemberg mit etwa fünf beziehungsweise sechs Millionen Einwohnern selbstständig lebensfähig wären. Die Landesvereinigung verweist auf deren Wirtschaftskraft und darauf, dass elf Bundesländer weniger Einwohner haben als der badische Landesteil. Auch von den 27 EU-Staaten haben neun weniger Einwohner und drei nur bis rund eine Million mehr, das sind Slowakei, Finnland und Dänemark. Die Behauptung württembergischer Politiker, Baden sei ohne Württemberg nicht lebensfähig,

sei 1952 ebenso falsch gewesen wie 1970 und wie heute. Die Landesvereinigung betrachtet etwa das Steueraufkommen in Baden-Württemberg. Baden stellt nach Bevölkerungszahl und Fläche etwa 46 Prozent von Baden-Württemberg. Und genauso verhält es sich mit dem Steueraufkommen. Mürb rechnet sogar vor, dass zahlreiche große Unternehmen wie etwa Daimler, Bosch oder Banken und Versicherungen mit bedeutenden Unternehmensteilen in Baden Steuern nur in Württemberg entrichteten. Wenn diese die dort anfallenden Umsätze oder Gehälter in Baden versteuerten, sei das Steueraufkommen in Baden mutmaßlich sogar höher als in Württemberg.

Mürb erinnert sich auch daran, dass er vor wenigen Jahren Ministerpräsident Winfried Kretschmann korrigieren musste. Kretschmann hatte bis dahin geglaubt, Württemberg sei

doppelt so groß wie Baden. Mürb spekuliert: „Das hat ihm die württembergisch dominierte Ministerialbürokratie eingeflüstert.“ Kretschmann ließ sich eines Besseren belehren und entschuldigte sich seinerzeit ausdrücklich bei den Badenern.

Die Landesvereinigung beobachtet seit Jahren die Entwicklungen zwischen Baden und Württemberg. Dabei ist sie unter anderem auf die Dissertation „Baden nach 1952 – Mentale Resistenzen und neue Traditionen“ des Konstanzer Wissenschaftlers Gereon Bauer gestoßen, der im Jahr 2012 auf mehr als 400 Seiten die Verhältnisse seit der Gründung Baden-Württembergs beleuchtet hat. Bauer schreibt über die Zeit um 1970 unter anderem, dass grundsätzliche Normen und Wertvorstellungen offenbar auf dem Altar des politischen Erfolges geopfert werden sollten.“ Er bezieht sich dabei insbesondere auf das Verhalten der CDU, die ihren Badischen Mitgliedern 1970 dringend aufgetragen hatte, für den Südweststaat zu stimmen. Einige führende Mitglieder hatten sich dadurch in ihrer Abstimmungsfreiheit beeinträchtigt gesehen.

An anderer Stelle verweist Gereon Bauer darauf, dass eine vollständige Integration der beiden Landesteile zum Zeitpunkt der Entstehung seiner Doktorarbeit noch immer nicht verwirklicht sei. Er macht dies an der Bindestrich-Debatte des Landtags von 1999 fest. Dort hatte der seinerzeitige Wirtschaftsminister Walter Döring (FDP) doch allen Ernstes gefordert, im Namen des Landes den Bindestrich zu streichen. In der Antwort auf eine wohl eher ironisch gemeinte Kleine Anfrage des badischen SPD-Abgeordneten Walter Heiler hat Döring formuliert, dass „das Wegfallen des Bindestrichs symbolisch“ gemeint gewesen sei.

An anderer Stelle berichtet Bauer von einer Online-Umfrage des Konstanzer Südkuriers. Anlässlich der Benennung des Stuttgarter Autokonzerns, der vormals Daimler-Benz AG geheißen hatte, lediglich nach dem Schwäbischen Pionier Gottlieb Daimler als „Daimler AG“ hatte die Zeitung wissen wollen, ob Baden in Baden-Württemberg benachteiligt werde. Hintergrund war, dass der Badener Karl Benz ein Jahr vor Daimler 1886 das erste Patent auf ein motorgetriebenes Fahrzeug erhalten hatte. Die Umfrage-Teilnehmer waren zu 78,4 Prozent der Ansicht, Baden werde im Bindestrich-Land benachteiligt. Auch die Landesvereinigung hatte sich seinerzeit mit zahlreichen Aktionen dafür engagiert, dass der Badener Benz im Firmennamen berücksichtigt werde. Benz war im späteren Karlsruher Stadtteil Mühlburg geboren worden und hatte seine Erfindung in Mannheim gemacht und später in Ladenburg gearbeitet. Mürb ergänzt:

„Seit Erscheinen des Werks hat sich an den Verhältnissen bis heute nichts grundlegend geändert.“

Manche überzeugte Badener sprechen wegen ihrer anhaltenden Unzufriedenheit sogar davon, seit der Abstimmung von 1970 hätten die Württemberger ihre nahezu 200 Jahre alten Versuche wieder aufgenommen, Baden zu ihrer Kolonie zu machen. „Soweit,“ wehrt Mürb ab, „wollen wir selbstverständlich keinesfalls gehen. Aber in gewisser Weise habe ich schon Verständnis für eine solche rigorose Haltung, auch wenn wir die Wortwahl nie unterstützen können.“ Andererseits zitiert Mürb ein ehemaliges Mitglied der Baden-Württembergischen Landesregierung aus Baden. Dieser Mann habe ihm einmal hinter vorgehaltener Hand gesteckt, dass in der Villa Reizenstein in Kabinettsitzungen bei auch für Baden relevanten Fragen sehr häufig diskutiert worden sei „was denn die Badener wieder dazu sagen“ würden.

Die Landesvereinigung nennt eine ganze Reihe von Beispielen, an denen die nach wie vor vorhandenen Benachteiligungen festzustellen seien. So weist sie etwa darauf hin, dass die Stadt Baden-Baden durch die Verstaatlichung der Spielbank erhebliche Verluste zu erleiden habe. War die renommierte Spielbank Teil eines Konsortiums, konnte die Kurstadt an der Oos den Nachteil, wegen ihrer touristischen Bedeutung kaum Gewerbegebiete und damit kaum Gewerbesteuererinnahmen zu haben, durch einen 50,1-prozentigen Anteil an der Spielbankabgabe kompensieren. Die badische Landesregierung hatte der Stadt Baden-Baden unter anderem aus diesen steuerlichen Erwägungen die Gründung der Spielbank erlaubt. Zwischen 1978 und 1990 ergab dies Einnahmen für Baden-Baden von 300,5 Millionen D-Mark. Die Baden-Badener Bäder- und Kulturverwaltung war halb staatlich, halb städtisch. Nach deren Zerschlagung verblieben Baden-Baden 1991 bis 2001 nur noch 185,9 Millionen D-Mark oder 24,9 Prozent. Das Land erhielt 1980 bis 1990 298,9 Millionen D-Mark und 1991 bis 2001 erhöhte das Land zu Lasten Baden-Badens seine Einnahmen auf 559,5 Millionen. Es sei also keineswegs so, wie manche Medien berichteten, dass Baden-Baden sehr gut mit Landesgeldern ausgestattet sei, sondern die Kurstadt müsse mit großen Verlusten leben. Ähnliches, allerdings nicht in diesem Maße, gelte auch für die Stadt Konstanz, dem Ort in Baden mit einer weiteren nunmehr staatlichen Spielbank. Stattdessen sei in Stuttgart eine dritte Spielbank eingerichtet worden.

Als ein weiteres Beispiel nennt die Landesvereinigung die Flughäfen im Land. So hielten die Kommunen im mittelbadischen

Raum 33 Prozent der Anteile beim „Baden-Airport“ und finanzierten auch dementsprechend dessen Ausbau. 2015 wurde der Anteil auf 25 reduziert. Die Stadt Stuttgart hielt am Flughafen auf den Fildern 50 Prozent, für den Ausbau bezahlte Stuttgart bei einem Anteil an den Gewinnen des Flughafens von 35 Prozent jedoch jahrelang nur zehn Prozent der Kosten. Aufgrund der Kostenaufteilung hätte der Anteil auf 21 Prozent reduziert werden müssen.

Nicht unerwähnt bleiben soll als ein noch weiter zu nennendes Beispiel die Fusion badischen Landesbank mit der württembergischen Landesbank, die ihren Sitz in Stuttgart erhielt und damit die Steuereinnahmen im württembergischen Landesteil transferiert.

In einem Flyer, den die Landesvereinigung im Jahr 2018 erarbeitet hat, weist sie unter anderem für den Straßenbau nach, dass die Regierungsbezirke Karlsruhe und Freiburg lediglich etwa ein Drittel der Mittel erhalten haben. Bei der Krankenhaus-Förderung hat die Landesvereinigung für 2012 bis 2018 ein Defizit von 322 Millionen Euro errechnet. Neuere Untersuchungen der Landesvereinigung befassen sich mit der Kultur und Denkmalförderung im laufenden Jahr. Im Bereich der Denkmalförderung flössen in die Regierungsbezirke Freiburg und Karlsruhe Mittel in Höhe von 786.000 Euro weniger in die hauptsächlich badischen Bezirke als in die im Wesentlichen württembergischen. Im Jahr 2020 wurde dagegen festgestellt, dass die Mittel annähernd genau zu den Teilen in die Regierungsbezirke geflossen seien oder flössen, wie auch der Bevölkerungsanteil sei. Nach Baden gingen rund 1,3 Millionen Euro und damit, nach Württemberg rund 1,7 Millionen Euro. Dass der irische Künstler Sean Scully sein Gesamtwerk nicht der Kunsthalle Karlsruhe zur Verfügung stellte, sondern seine Zusage zurückzog, ist nach Auffassung der Landesvereinigung Schuld der Landesregierung. Denn sie, namentlich Justizminister Guido Wolf, habe es versäumt, das als Erweiterungsort der Karlsruher Kunsthalle ins Auge gefasste Amtsgericht zu räumen und ein neues Gebäude für dieses Gericht errichten zu lassen.

Die Landesvereinigung Baden in Europa wird nicht müde, auf ein besonderes Missverhältnis hinzuweisen: Eine der reichsten Städte der Bundesrepublik Deutschland, die Stadt Stuttgart, lasse sich ihren Zoo, die Wilhelma, aus Landesmitteln und daher auch mit in Baden generierten Steuergeldern bezahlen, während alle anderen Zoos im Land und in der gesamten Republik kommunal oder privat geführt würden. Mürb lässt dabei das Gegenargument nicht gelten, nach dem die

Wilhelma königlich-württembergischer Besitz gewesen sei, damit nach 1918 in den Besitz des Freistaates und nach 1952 in den des neuen Bundeslandes übergegangen sei. Die Wilhelma war botanischer Garten und ging an das Land, das den Zoo erst nach Gründung des Landes Baden-Württemberg einrichtete. Der Zoo als Tierpark sei daher erst nach 1952 eingerichtet worden und nicht schon in königlich-württembergischer oder freistaatlicher Zeit. Der Landesvereinigungs-Vorstand hat festgestellt, dass auch im laufenden Jahr um die 13 Millionen Euro als Zuschüsse an die Wilhelma fließen. Wegen des geplanten Elefantenhauses werden diese in den kommenden Jahren deutlich höher ausfallen, so hat das inzwischen fertige Affenhaus über 18 Millionen Euro — Zuschüsse erfordert. Die Landesvereinigung Baden in Europa hält dies nach wie vor für völlig unangemessen und fordert die reiche Stadt Stuttgart einmal mehr dazu auf, ihren Zoo selbst zu finanzieren und zu betreiben. Und dann selbstverständlich auch – wie Heidelberg und Karlsruhe als die beiden anderen baden-württembergischen Zoostädte – Zuschüsse vom Land zu bekommen.

Die Landesvereinigung will aber nicht nur rückschauend Licht und Schatten sehen. Sie richtet ihren Blick auch weiterhin in die Zukunft. Sie wird dabei wie bisher Missstände aufzeigen und sich weiter für eine Gleichbehandlung der beiden Landesteile einsetzen. Ein besonderes Augenmerk richtet sie aber auch auf ihren Namensteil „in Europa“. „Unser Blick“, so Mürb, „richtet sich in Zukunft noch stärker als bisher auf Europa. Natürliche Partner sind dabei unsere Nachbarn auf der anderen Seite des Rheins. Es gilt, die Beziehungen ins Elsass und in die Nordschweiz erheblich zu stärken und selbstverständlich auch in die Pfalz. Wir unterstützen dabei wesentlich die Trinationale Metropolregion Oberrhein sowie die Kooperation der Universitäten und Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen diesseits und jenseits des Rheins. Denn der Rhein muss mehr und mehr davon wegkommen, Grenze zu sein. Er ist das verbindende Glied in unserer Gegend.“ Die Landesvereinigung setzt sich unter anderem für die Wiederbelebungen der Bahnstrecken Freiburg-Colmar und Rastatt-Hagenau-Saarbrücken ein. Sich besser zu verstehen, meint die Landesvereinigung, bedeute auch, die Sprache des Nachbarn zu verstehen und sie zu sprechen. Daher unterstütze sie neben vielem anderem auch Bestrebungen, bilinguale Schulen einzurichten. Abschließend formuliert Mürb Versöhnliches: Zur Oberbürgermeisterwahl im November in Stuttgart hat die Landeszentrale für Politische Bildung zusammen mit Zeitungen und dem

SWR nach dem Vorbild der Wahl-O-Maten für Bundestags- und Landtags-Wahlen einen Kandidat-O-Mat entwickelt. Die Wählerinnen und Wähler können dort anhand von Antworten auf politische Fragen feststellen, wo sie am ehesten ihr Kreuzchen setzen können. Ein Mitglied der Landesvereinigung hat daraufhin den SWR gebeten, einen solchen Kandidat-O-Maten auch für die OB-Wahl in Karlsruhe einen Monat später zu erstellen. Wenige Tage später schrieb ihm der Leiter des SWR-Studios Karlsruhe, Christian Pitschmann: „Ich darf Sie beruhigen: es wird auch für die OB-Wahl in Karlsruhe einen Kandidat-O-Mat geben. Die zeitnächste OB-Wahl ist nun mal in Stuttgart und danach erst am 6.12. ist Karlsruhe dran. Und sobald der Kandidat-O-Mat für Karlsruhe freigeschaltet ist, werden Sie es erfahren. Mürb: „Dann wollen wir mal hoffen, dass dies auch tatsächlich so sein wird. Denn nicht wenige Badener übersetzten den Sendernamen

SWR mit „Schwäbisch-Württembergischer Rundfunk“. Sie nennen als Beispiel die Anzahl der Beiträge in den Landesprogrammen des SWR, sowohl im Radio wie im Fernsehen, wo sie eine bedeutende Überrepräsentation des württembergischen gegenüber dem badischen Landesteil feststellen.

Ein Schmunzeln kann sich Mürb in diesem Zusammenhang nicht sparen: Bei der Hörerhitparade des Popsenders SWR1 Baden-Württemberg hat auch in diesem Jahr das Badenerlied mit Platz 15 einen hervorragenden Rang eingenommen. Bei mehr als 1100 Titeln unter die Top-15 zu gelangen, sei großartig. Während das Württemberg-Lied mit Gottlieb Fischer und seinem Chor erst auf Platz 41 zu finden ist. Über einen kleinen Schönheitsfehler sieht Mürb dabei lächelnd hinweg. Denn Interpret der Hymne der Badener ist der Stuttgarter Montanarachor.